

PERIPHERIE

Politik • Ökonomie • Kultur

Vertreibung durch Entwicklungsprojekte (Arbeitstitel)

Call for Papers, PERIPHERIE, Ausgabe 154/155 (erscheint August 2019)

Der Weg zur Hölle ist gepflastert mit guten Vorsätzen: Laut Recherchen des *International Consortium of Investigative Journalists* (ICIJ) sind allein durch Entwicklungsprojekte der Weltbank zwischen 2004 und 2013 etwa 3,4 Millionen Menschen weltweit umgesiedelt worden (<https://reportage.wdr.de/weltbank#8873>, letzter Aufruf 9.3.2018). Unfreiwillige Umsiedlung geht in der Regel mit dem Verlust der Lebensgrundlage einher. Zwar sollen Entwicklungsprojekte die Lebensbedingungen der Betroffenen verbessern, aber gerade durch Infrastrukturprojekte verlieren viele ihre Erwerbsmöglichkeit, ihr Land, ihr Zuhause oder den Zugang zu Nahrung. Schätzungen einer Weltbankstudie zufolge werden sogar jedes Jahr etwa zehn Millionen Menschen weltweit durch Entwicklungsprojekte vertrieben – der Großteil durch auf nationaler Ebene initiierte und finanzierte Projekte. Das heißt, hochgerechnet auf die letzten Jahrzehnte steht zu befürchten, dass die Zahl an Vertriebenen ungefähr zehnmal so groß ist wie die offiziellen 65 Millionen, von denen das UNHCR spricht.

Auch ohne Finanzierung durch die Weltbank und andere Geber haben staatliche Projekte und Programme also massive Eingriffe in die Lebensverhältnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen vorgenommen. Ausgestattet mit dem Anspruch, als Souverän die Interessen seiner Bevölkerung zu vertreten, dem „Willen zur Verbesserung“ und der „Treuhandenschaft“, heiligte auch für postkoloniale Staaten der Zweck oftmals die Mittel. Nicht nur dem Post-Development nahestehende Autor*innen wie Ashis Nandy, sondern sogar Liberale wie William Easterly sprechen daher davon, dass im Namen von Fortschritt und „Entwicklung“ die Rechte der „weniger Entwickelten“ wieder und wieder missachtet wurden – nicht nur von den EZ-Organisationen des Nordens, sondern auch von den Regierungen der Länder selbst, oftmals Hand in Hand mit und zugunsten von privatwirtschaftlichen Akteuren.

Die Liste der Beispiele ist lang, einige stechen jedoch in der Geschichte der Entwicklungspolitik hervor: der Narmada-Staudamm in Indien, der Straßenbau durch den Regenwald im Amazonas im Rahmen des Polonoroeste-Projekts in Brasilien, das Transmigrationsprogramm in Indonesien oder der Drei-Schluchten-Staudamm in China. Ein regelmäßig wiederkehrendes Muster ist es, dass marginalisierte Bevölkerungsschichten und insbesondere Indigene überproportional von Vertreibungen betroffen sind.

Dementsprechend ist es kaum verwunderlich, dass sich Betroffene immer wieder zu Protestbewegungen zusammenschließen und Widerstand gegen diese Projekte leisten. Die Proteste haben bei der Weltbank nicht nur zur Einführung von Sozialstandards bei unfreiwilliger Umsiedlung, die u.a. Entschädigung auch dann vorsehen, wenn kein formeller Landbesitz nachgewiesen werden kann, sondern im Fall des Narmada-Staudamms auch zur Einrichtung eines Rechenschaftsmechanismus in Form des *Inspection Panels* geführt, bei dem Betroffene die Einhaltung

von Umwelt- und Sozialstandards einfordern können. Auch andere Entwicklungsorganisationen haben seitdem vergleichbare Mechanismen eingeführt.

Die negativen Konsequenzen mancher Entwicklungsprojekte sind also bekannt. Wir möchten in diesem Heft einerseits nach den Ursachen, andererseits nach den Handlungsmöglichkeiten fragen, also unter welchen Bedingungen Widerstand erfolgreich und Rechenschaftsmechanismen wirksam sein können. Daher bitten wir um Beiträge zu folgenden Themen:

- Fallstudien zu Vertreibung durch Entwicklungsprojekte: Ursachen und Auswirkungen;
- Staaten, Unternehmen und Entwicklungsorganisationen als Akteure von Vertreibung: Kooperationen und Konflikte;
- Zur Rechtfertigung von Vertreibung im Entwicklungsdiskurs;
- Widerstand gegen Entwicklungsprojekte;
- Umsiedlungsstandards in der Weltbank;
- Rechenschaftsmechanismen in Entwicklungsorganisationen als Mittel gegen Vertreibung.

Redaktionsschluss ist der

20. Dezember 2018.

Manuskripte, Rücksprachen zu möglichen Beiträgen und weitere Fragen richten Sie bitte an info@zeitschrift-peripherie.de. Weitere Hinweise für Autor*innen sind auf der Webseite <http://www.zeitschrift-peripherie.de> abzurufen.